

Bewegung im Trassenstreit

07.08.2007 00:00 von Bi-Bahntrasse

Bewegung im Trassenstreit

Bahn zeigt Verständnis für Alternativen zum dritten und vierten Gleis

In die Debatte um den Ausbau der Rheintalbahn kommt Bewegung. Es gibt vermehrt Anzeichen dafür, dass die Deutsche Bahn von ihren Trassenvorstellungen doch noch Abstand nehmen könnte.

VON ANDREAS RICHTER

Offenburg. Die Deutsche Bahn signalisierte gestern ihren Willen, das dritte und vierte Gleis der Rheintalbahn zwischen Offenburg und Weil am Rhein umweltverträglich zu bauen und die Trasse nicht gegen den Willen der Anlieger durchzusetzen. »Wir haben großes Verständnis für die Situation der Bürger hier am Oberrhein und tun alles, um praktikable Lösungen zu finden«, sagte Stefan Garber, DB-Vorstand Infrastruktur und Dienstleistung. In einer gemeinsamen Mitteilung von Bahn und dem Freiburger Regierungspräsidium von gestern hieß es weiter, dass die Akzeptanz der Bevölkerung für Garber »höchste Bedeutung« habe. Schon heute liegen dem Präsidium als Planungsbehörde über 25.000 Einwendungen gegen die Bahnpläne vor.

Garber machte zu seinen Äußerungen eine Einschränkung: Der Bund als Geldgeber müsse die Forderungen aus der Region nach alternativen Trassen mittragen, die Alternativen müssten finanzierbar bleiben. Regierungspräsident Sven von Ungern-Sternberg sagte: »Wenn die vorgelegten Alternativen betriebstechnisch funktionieren und von der Bahn unterstützt werden, sehe ich große Chancen für neue finanzielle Spielräume seitens des Bundes.« Von den gestrigen Ankündigungen betroffen wäre auch ein möglicher Offenburger Gütertunnel.

Die Bahn habe ferner zugesichert, das Landesgutachten über die Zugzahlermittlung für 2025 zu berücksichtigen – unter der Voraussetzung, dass der Bund die Untersuchung als Planungsgrundlage akzeptiere.

Vorausgegangen war in der vergangenen Woche ein Spitzentreffen in Freiburg, an dem auch südbadische Landes- und Bundespolitiker teilgenommen hatten und das vom Lahrer CDU-Abgeordneten Peter Weiß initiiert worden war. Der teilte gestern in einer Erklärung mit, dass bei dem Gespräch auch zugesichert worden sei, die vor Kurzem vorgelegte kommunale Konsenstrasse zu prüfen.